

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 16. Oktober bis 19. Oktober 2023 Straßburg

Debatte über Terroranschläge der Hamas gegen Israel

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit Rat und Kommission über die Terroranschläge der Hamas gegen Israel debattieren und am Donnerstag über eine Entschließung abstimmen.

3

Eine langfristige Lösung für den Finanzierungsbedarf der Ukraine

Das Parlament wird über eine Fazilität in Höhe von 50 Mrd. Euro debattieren und abstimmen, die die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine 2024-2027 unterstützen soll.

4

Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland

Die Abgeordneten werden mit Vertretern von Kommission und Rat diskutieren, ob die EU-Sanktionen gegen Russland funktionieren und wie ihre Umgehung durch Moskau verhindert werden kann.

7

Debatte zum Arbeitsplan der Kommission bis zur Europawahl im Juni 2024

Am Dienstagnachmittag wird das Plenum über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2024 beraten, das im Zeichen der Europawahlen vom 6. bis 9. Juni steht.

8

Der Gewinner des Sacharow-Preises 2023 wird im Plenum bekannt gegeben

Am Donnerstag wird die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, den Gewinner des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit im Plenarsaal bekannt geben.

5

Prioritäten des Parlaments für den Europäischen Rat am 26.-27. Oktober

In einer Debatte mit Rat und Kommission am Mittwochmorgen werden die Abgeordneten ihre Forderungen und Erwartungen im Vorfeld des EU-Gipfels am 26.-27. Oktober vorstellen.

6

Spyware: EU-Abgeordnete fordern europäische Antwort

Die Abgeordneten werden in einer Debatte mit Rat und Kommission am Dienstagnachmittag erwartungsgemäß Maßnahmen der EU als Reaktion auf die

Verbreitung von Spionagesoftware fordern. 12

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 16

Menschenhandel: Stärkung der Strafverfolgung und der Rechte der Opfer

Die Abgeordneten stimmen über neue Vorschläge ab, um den Kampf gegen den Menschenhandel wirksamer zu gestalten und seine Opfer besser zu schützen. 13

Serbien und Kosovo müssen Dialog wieder aufnehmen

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über eine Entschließung zur Lage im Norden des Kosovo nach den tödlichen Ereignissen vom 24. September ab. 15

Bekämpfung der Verbreitung illegaler Inhalte und Desinformation im Internet

Debatte am Mittwoch mit Rat und Kommission zu möglichen EU-Reaktionen auf die Zunahme gewalttätiger, terroristischer und falscher Inhalte in den sozialen Medien. 9

EU-Haushalt 2024: Abstimmung über EP-Position vor den Verhandlungen mit dem Rat

Das Parlament will einen Haushalt annehmen, der besser darauf vorbereitet ist, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu bewältigen und KMU, Jugend und Forschung zu unterstützen. 10

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2023-10-16>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 16. Oktober bis 19. Oktober 2023 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

Maren HÄUSSERMANN

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ maren.haesslermann@europarl.europa.eu

Debatte über Terroranschläge der Hamas gegen Israel

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit Rat und Kommission über die Terroranschläge der Hamas gegen Israel debattieren und am Donnerstag über eine EntschlieÙung abstimmen.

Am 11. Oktober hielt das Europäische Parlament eine Zeremonie zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in Israel ab. Abgeordnete und Mitarbeiter versammelten sich hinter Präsidentin Roberta Metsola. In ihrer Rede sagte sie, dass Europa bereit sei, bei der Vermittlung von Konflikten in der Region zu helfen, und betonte gleichzeitig, dass es keine Rechtfertigung für Terrorismus gebe. „Hamas ist eine Terrororganisation. Sie repräsentiert nicht die legitimen Bestrebungen des palästinensischen Volkes. Sie bieten keine Lösungen an, sie bieten BlutvergieÙen an“, sagte sie. „Dies ist nicht die Zeit für ‚Whataboutism‘. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, worüber wir sprechen: Das ist Terror in seiner schlimmsten Form“. Sie sagte abschließend, Europa stehe an der Seite Israels.

In einer [Erklärung, die am Tag des Angriffs veröffentlicht wurde](#), verurteilten führende Abgeordnete des Europäischen Parlaments „den abscheulichen Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel an diesem Sabbatmorgen“ aufs Schärfste. Sie bekräftigten das Recht Israels, sich selbst zu verteidigen, und brachten ihre Solidarität mit Israel in diesen schwierigen Momenten zum Ausdruck.

Die Aussprache beginnt am Mittwoch um 9:00 Uhr, am Donnerstag wird über eine EntschlieÙung abgestimmt.

Debatte: Mittwoch, 18. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, 19. Oktober

Weitere Informationen

[Präsidentin Metsola solidarisiert sich mit den Opfern der Terroranschläge in Israel](#)
[Video der Erklärung des Vorsitzenden McAllister nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, 10.10.2023](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Eine langfristige Lösung für den Finanzierungsbedarf der Ukraine

Das Parlament wird über eine Fazilität in Höhe von 50 Mrd. Euro debattieren und abstimmen, die die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine 2024-2027 unterstützen soll.

Die Abgeordneten haben den Vorschlag verbessert, indem sie die Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht gestärkt haben. Eine der Hauptforderungen der Abgeordneten ist, dass russische Vermögenswerte zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine verwendet werden sollten.

Da die Fazilität für die Ukraine Teil der laufenden [Überarbeitung des langfristigen EU-Haushalts](#) ist, bestehen die Abgeordneten darauf, dass die Fazilität zusammen mit der gesamten Haushaltsrevision so bald wie möglich vereinbart werden sollte, da es derzeit keine Bestimmungen für die Unterstützung der Ukraine ab 2024 gibt. Das Paket soll auch in den Jahreshaushalt für das nächste Jahr integriert werden, der im November 2023 ausgehandelt werden soll.

Weitere Informationen finden Sie in der [aktuellen Pressemitteilung](#).

Nächste Schritte

Nach der Plenarabstimmung am Dienstag können die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten beginnen, sobald sich der Rat auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt hat.

Debatte: Montag, 16. Oktober

Abstimmung: Dienstag, 17. Oktober

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), erste Lesung

Weitere Informationen

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Establishing the Ukraine Facility: Financing Ukraine's recovery and its path to EU accession" \(03.10.2023, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Der Gewinner des Sacharow-Preises 2023 wird im Plenum bekannt gegeben

Am Donnerstag wird die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, den Gewinner des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit im Plenarsaal bekannt geben.

Die Ankündigung der Präsidentin erfolgt kurz nach der Entscheidung der Konferenz der Präsidenten des Parlaments (EP-Präsidentin Metsola und Fraktionsvorsitzende) am Vormittag.

Am Donnerstag, den 12. Oktober, wählten die Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, Entwicklung und der Unterausschuss für Menschenrechte aus den [neun am 20. September eingereichten Nominierungen](#) drei Finalisten aus:

- Jina Mahsa Amini und die Frauen-, Lebens- und Freiheitsbewegung im Iran;
- Vilma Núñez de Escorcia und Bischof Rolando José Álvarez Lagos, Nicaragua;
- Frauen, die für Zugang zu kostenlosen, sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen kämpfen: Justyna Wydrzyńska (Polen), Morena Herrera (El Salvador) und Colleen McNicholas (USA).

Die Verleihung des Sacharow-Preises findet am Mittwoch, den 13. Dezember, im Europäischen Parlament in Straßburg statt. Um mehr über die Nominierten für den Sacharow-Preis 2023 zu erfahren, [klicken Sie hier](#).

Weitere Informationen

[Video-Statement der drei Ausschussvorsitzenden nach der Abstimmung über die Finalisten \(12.10.2023\)](#)

[Sacharow-Preis 2023: die Nominierten](#)

[Pressemitteilung – „Sakharov Prize 2023: nine nominations announced“ \(20.09.2023, auf Englisch\)](#)

[Infografik – Sacharow-Preis: Wie werden die Preisträger ausgewählt?](#)

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Prioritäten des Parlaments für den Europäischen Rat am 26.-27. Oktober

In einer Debatte mit Rat und Kommission am Mittwochmorgen werden die Abgeordneten ihre Forderungen und Erwartungen im Vorfeld des EU-Gipfels am 26.-27. Oktober vorstellen.

Bei ihrem Treffen in Brüssel werden sich die Staats- und Regierungschefs auf die jüngsten Entwicklungen beim Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die weitere Unterstützung des Landes durch die EU, die Überarbeitung des langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 und die wirtschaftliche Lage in der EU konzentrieren. Auch das Thema Migration steht auf der Tagesordnung, insbesondere über die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament über die Reform des Asyl- und Migrationssystems.

Debatte: Mittwoch, 18. Oktober

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland

Die Abgeordneten werden mit Vertretern von Kommission und Rat diskutieren, ob die EU-Sanktionen gegen Russland funktionieren und wie ihre Umgehung durch Moskau verhindert werden kann.

Nach dem rechtswidrigen und unprovokierten Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 hat die Europäische Union umgehend beispiellos harte Sanktionen gegen Moskau verhängt. Insgesamt wurden seitdem 11 Sanktionspakete verabschiedet, die sich gegen Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft und politische Eliten richten. Moskau hat jedoch Wege gefunden, diese Maßnahmen zu umgehen, unter anderem durch Schlupflöcher in Handelsbeschränkungen und mit Hilfe von Vermittlern aus Drittländern.

Die Plenardebatte findet am Dienstagvormittag statt, und die Abgeordneten werden während der Plenarsitzung am 8. und 9. November über eine Entschließung abstimmen.

Debatte: Dienstag, 17. Oktober

Abstimmung: Tagung am 8.-9. November

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail \(Website des Rates\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Debatte zum Arbeitsplan der Kommission bis zur Europawahl im Juni 2024

Am Dienstagnachmittag wird das Plenum über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2024 beraten, das im Zeichen der Europawahlen vom 6. bis 9. Juni steht.

Im Anschluss an die [Debatte zur die Lage der Europäischen Union](#) am 13. September wird die Kommission ihre politische Strategie bis zur Europawahl darlegen. Diese soll die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland, Bemühungen zur Dekarbonisierung der europäischen Industrie bei gleichzeitiger Sicherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie umfassen. Es wird erwartet, dass die Gewährleistung eines fairen grünen und digitalen Wandels, die Entwicklung künstlicher Intelligenz mit einem menschenzentrierten Ansatz und die Gewährleistung der Gleichstellung und des Schutzes der Demokratie und der Grundrechte in ganz Europa weitere wichtige Prioritäten sein werden.

Im Vorfeld der Debatte zur Lage der Union hat Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer [Absichtserklärung](#) an Parlamentspräsidentin Metsola die Hauptbereiche angegeben, für die die Kommission in den kommenden Monaten gesetzgeberische Vorschläge vorlegen plant. Von der Leyen betonte, dass es nur eine "begrenzte Anzahl neuer Initiativen" geben werde, um die laufende gesetzgeberische Arbeit zu priorisieren.

Debatte: Dienstag, 17. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission

Weitere Informationen

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Bekämpfung der Verbreitung illegaler Inhalte und Desinformation im Internet

Debatte am Mittwoch mit Rat und Kommission zu möglichen EU-Reaktionen auf die Zunahme gewalttätiger, terroristischer und falscher Inhalte in den sozialen Medien.

Das Parlament möchte eine Bestandsaufnahme der Umsetzung des [Gesetzes über digitale Dienste](#) vornehmen, nachdem die ersten [19 Online-Plattformen und Suchmaschinen](#) benannt wurden, die seit dem 25. August dessen Verpflichtungen nachkommen müssen. Plattformen wie X (ehemals Twitter), Facebook, Tiktok und Instagram sind nun verpflichtet, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Systemrisiken im Zusammenhang mit der Verbreitung von Desinformation oder schädlichen Inhalten auf ihren Diensten zu bewerten und zu mindern. Sie müssen zügig handeln, um illegale Inhalte zu entfernen.

Nach den Terroranschlägen der Hamas gegen Israel am 7. Oktober forderte EU-Kommissar Thierry Breton X-Chef Elon Musk auf, „verhältnismäßige und wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Risiken für die öffentliche Sicherheit und den zivilgesellschaftlichen Diskurs zu ergreifen, die von Desinformation ausgehen“, und „mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden und Europol in Kontakt zu stehen“. X hat sich Anfang des Jahres aus dem freiwilligen Verhaltenskodex der EU zur Bekämpfung von Desinformation zurückgezogen. EU-Kommissar Breton gab Meta-Chef Mark Zuckerberg 24 Stunden Zeit, um die Maßnahmen zu erläutern, die die Plattform ergreift, um gegen illegale und gefälschte Inhalte im Zusammenhang mit den Terroranschlägen der Hamas vorzugehen. Meta muss sich auch mit Deepfakes befassen, die darauf abzielen, die Wahlergebnisse im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen in den EU-Mitgliedstaaten und den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 zu beeinflussen.

Unternehmen, die sich nicht an die Vorschriften über digitale Dienste halten, drohen Geldbußen von bis zu 6 % ihres weltweiten Umsatzes. Als letztes Mittel könnten ihre Dienste in der EU ausgesetzt werden.

Aussprache: Mittwoch, 18. Oktober

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[EP-Pressemitteilung - „Digitale Dienste: EU setzt Maßstäbe für offene und sicherere Online-Umgebung“ \(05.07.2022\)](#)

[Gesetz über digitale Dienste: mehr Sicherheit und Verantwortung im Online-Umfeld \(Webseite der Kommission\)](#)

[Fragen und Antworten: Gesetz über digitale Dienste \(Europäische Kommission\)](#)

[Verhaltenskodex der EU zur Bekämpfung von Desinformation](#)

EU-Haushalt 2024: Abstimmung über EP-Position vor den Verhandlungen mit dem Rat

Das Parlament will einen Haushalt annehmen, der besser darauf vorbereitet ist, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zu bewältigen und KMU, Jugend und Forschung zu unterstützen.

In ihrem [Positionsentwurf](#), der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht, haben die Abgeordneten des Haushaltsausschusses die Mittel für alle [vom Rat gekürzten Linien](#) wieder eingesetzt sich am [Standpunkt des Parlaments](#) zur [vorgeschlagenen Halbzeitrevision](#) des langfristigen EU-Haushalts orientiert.

Darüber hinaus fordern die Abgeordneten eine deutliche finanzielle Aufstockung für „Horizont Europa“ (Forschungsprogramm), Erasmus+, Klimaschutz, Verkehrsinfrastruktur, die Länder in der EU-Nachbarschaft und humanitäre Hilfe.

Die genauen Zahlen, die für die verschiedenen Programme vorgeschlagen werden, sind im [entsprechenden Entschließungsentwurf](#) enthalten. Weitere Einzelheiten zum Standpunkt des Haushaltsausschusses sind der [jüngsten Pressemitteilung](#) zu entnehmen.

Eine Pressekonferenz mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola und den beiden Berichterstattern [Siegfried Mureşan](#) (EPP, RO) und [Nils Ušakovs](#) (S&D, LV) ist für Mittwoch, 18. Oktober um 13:30 Uhr geplant.

Nächste Schritte

Die Abstimmung im Plenum ist der Auftakt zum dreiwöchigen Vermittlungsverfahren mit dem Rat, mit dem Ziel, rechtzeitig vor Jahresende eine Einigung zu erzielen und zu verabschieden.

Debatte: Dienstag, 17. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, 18. Oktober

Pressekonferenz mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola und den beiden Berichterstattern [Siegfried Mureşan](#) (EPP, RO) und [Nils Ušakovs](#) (S&D, LV): Mittwoch, 18. Oktober um 13:30 Uhr

Verfahren: Haushaltsverfahren

Weitere Informationen

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[Haushaltsausschuss](#)

[Website des Haushaltsausschusses zum Haushaltsverfahren 2024](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kurzdarstellungen zur Europäischen Union - Das Haushaltsverfahren](#)

[Wie wird der EU-Haushalt erstellt? \(Website der EU-Kommission\)](#)

Spyware: EU-Abgeordnete fordern europäische Antwort

Die Abgeordneten werden in einer Debatte mit Rat und Kommission am Dienstagnachmittag erwartungsgemäß Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Verbreitung von Spionagesoftware fordern.

In [Empfehlungen](#), die auf den Ergebnissen des einjährigen [Untersuchungsausschuss zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware](#) im Juni 2023 basieren, betonten die Abgeordneten, dass die EU auf den Einsatz zunehmend aufdringlicher Spionagesoftware in Europa reagieren muss.

Jüngsten Berichten des „[European Investigative Collaborations“-Netzwerks \(EIC\)](#) zufolge sind Abgeordnete des Europäischen Parlaments und andere hochrangige politische Entscheidungsträger erneut von Angriffen der Spionagesoftware „Predator“ ins Visier genommen worden. In der Plenardebatte am Dienstag werden die Abgeordneten den Mangel an sinnvollen Folgemaßnahmen infolge der Arbeit des Ausschusses hervorheben und die Kommission und die EU-Regierungen auffordern, Maßnahmen gegen den unangemessenen und unverhältnismäßigen Einsatz von Spionagesoftware zu ergreifen.

Aussprache: Dienstag, 17. Oktober

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[EP-Pressemitteilung - „Spähsoftware: Parlament fordert umfassende Untersuchungen und Schutzvorkehrungen“ \(15.6.2023\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Menschenhandel: Stärkung der Strafverfolgung und der Rechte der Opfer

Die Abgeordneten stimmen über neue Vorschläge ab, um den Kampf gegen den Menschenhandel wirksamer zu gestalten und seine Opfer besser zu schützen.

Um den Kampf der EU gegen den Menschenhandel zu verstärken, würde der von den Ausschüssen für bürgerliche Freiheiten und für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter angenommene [Entwurf eines Mandats des Parlaments für Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten](#) den Geltungsbereich der bestehenden Gesetze auf Zwangsheirat, illegale Adoption, Leihmutterschaft zum Zwecke Ausbeutung der Fortpflanzung sowie die Ausbeutung von Kindern in Heimen ausweiten. Die Vorschläge würden auch die Online-Dimension des Menschenhandels abdecken, indem sie technologiegestützte Straftaten einbeziehen, z. B. Ausbeutung und Werbung über soziale Medien.

Die Abgeordneten wollen sicherstellen, dass die Rechte der Opfer und schutzbedürftige Gruppen wie Menschen mit Behinderungen und Kinder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Um die Nachfrage, die die Ausbeutung fördert, zu verringern, würde der Positionsentwurf des Parlaments auch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen einer Person, die Opfer von Menschenhandel geworden ist, unter Strafe stellen.

Verfahren

Zu Beginn der Sitzung wird die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola den Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat bekannt geben. Die Abgeordneten haben dann [bis zum Ende des folgenden Tages Zeit](#), gegen das Verhandlungsmandat Einspruch zu erheben. Wenn ein Zehntel von ihnen dies tut, wird es eine Abstimmung in derselben Plenarsitzung (am Donnerstag) geben.

Pressekonferenz: Mittwoch 18. Oktober um 14:30 (noch nicht bestätigt)

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), erste Lesung

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(5.10.2023\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Ko-Berichterstatterin für den Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter Eugenia Rodríguez Palop \(Die Linke, Spanien\)](#)

[Ko-Berichterstatterin für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres: Malin Björk \(Die Linke, Schweden\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Preventing and combating trafficking in human beings“ \(14.06.2023, auf Englisch\)](#)

[Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres](#)

[Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter](#)

Serbien und Kosovo müssen Dialog wieder aufnehmen

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über eine EntschlieÙung zur Lage im Norden des Kosovo nach den tödlichen Ereignissen vom 24. September ab.

In einer [Plenardebatte über die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo und die Lage im Norden des Kosovo am 3. Oktober](#) verurteilten die Abgeordneten die jüngste Gewalt aufs Schärfste und forderten beide Seiten auf, zum [EU-gestützten Dialog](#) zur Normalisierung der Beziehungen zurückzukehren. Die Abgeordneten erwarten, dass die Täter der jüngsten Anschläge vor Gericht gestellt werden und dass Serbien bei der Untersuchung des Vorfalls kooperiert und seine Truppen von der Grenze zum Kosovo abzieht.

Am 24. Im September starben ein Polizist und drei Angreifer bei einem Angriff einer bewaffneten Bande auf kosovarische Polizisten im Norden des Landes.

Abstimmung: Donnerstag, 19. Oktober Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Belgrade-Pristina dialogue: The rocky road towards a comprehensive normalisation agreement“ \(auf Englisch\)](#)

[Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen <https://europa.eu/ImvMPMd>

- [Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ \(STEP\)](#) - *Bericht: José Manuel Fernandes, Christian Ehler, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- [Rechtsstaatlichkeit in Malta](#): 6 Jahre nach dem Mord an Daphne Caruana Galizia und die Notwendigkeit, Journalisten zu schützen - *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- [Rede des armenischen Premierministers Nikol Pashinyan](#), *Mittwoch*
- [Neue Fischereikontrollregelung der Union](#) - *Bericht: Clara Aguilera, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- [Die Auswirkungen der chinesischen Fischereitätigkeiten auf die EU-Fischerei und weiteres Vorgehen](#) - *Bericht: Pierre Karleskind, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- [Bericht 2022 der Kommission zu Montenegro](#) - *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- [Europäische Bürgerinitiative „Fur Free Europe“ \(Pelzfreies Europa\)](#) - *Debatte Donnerstag*
- [Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut](#) - *Debatte Dienstag*
- [Schengen-Raum: Digitalisierung des Visumverfahrens](#), Änderung der Verordnung über die Visummarke - *Bericht: Matjaž Nemeč, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- [Wasserknappheit und strukturelle Investitionen in den Zugang zu Wasser in der EU](#) - *Debatte: Mittwoch*
- [Wahl eines Vizepräsidenten und eines Quästors](#), *Mittwoch*

- Situation der ukrainischen Flüchtlingsfrauen, einschließlich Zugang zu Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Ernennung eines Mitglieds des Direktoriums der Europäischen Zentralbank - *Bericht: Irene Tinagli, Abstimmung Dienstag*
- [Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans 2021: Europäischer Rat und Rat](#) - *Bericht: Mikuláš Peksa, Abstimmung Dienstag*
- Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, *mündliche Anfrage*
- Eine neue europäische Innovationsagenda, *mündliche Anfrage*
- Katastrophenschutzverfahren der Union - *Bericht: Sara Cerdas, Abstimmung Dienstag*
- Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe - *Bericht: Jérémy Decerle, Abstimmung am Dienstag*
- Erläuterung des Jahresberichts 2022 des Rechnungshofs, in Anwesenheit von Tony Murphy, Präsident des Rechnungshofs, *Mittwoch*
- [Europäische Eiweißstrategie](#) - *Bericht: Emma Wiesner, Abstimmung Mittwoch*
- [Generationenwechsel in landwirtschaftlichen Betrieben der Zukunft in der EU](#) - *Bericht: Isabel Carvalhais, Abstimmung Mittwoch*
- [Ergebnis des SDG-Gipfels \(18.-19. September 2023, New York\)](#) - *transformative und beschleunigte Maßnahmen auf dem Weg zum Zieljahr 2030 und darüber hinaus - Erklärung des Rates und der Kommission*
- [Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft](#), *mündliche Anfrage*

- Europäische Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des Anstiegs der organisierten Kriminalität, Fragestunde (Kommission)
- Debatte über ein aktuelles Thema: „Wahres geopolitisches Europa: Jetzt“, *Mittwoch*.